

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Bewegung bei den Reformen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2003) : Bewegung bei den Reformen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 83, Iss. 2, pp. 70-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42072>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bewegung bei den Reformen

Die Lage ist ernst. Der wirtschaftliche Aufschwung lässt länger auf sich warten, als von vielen erwartet und von allen erhofft. Die politische Unsicherheit lähmt. Kommt es zum Krieg im Irak? Wenn ja, wie lange wird er dauern und wird sich ein Flächenbrand verhindern lassen, der auch andere Ölfelder in Flammen setzen wird? Wenn nein, wie geht es ohne Krieg weiter? Doch so dramatisch die Lage auch sein mag: Sie hat trotzdem ihr Gutes. Sie hat es in Deutschland vermocht, den politischen Wind drehen zu lassen. Nach der Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung im letzten September spürten alle Reformversuche einen strammen Gegenwind. Das Mandat an die neue alte Koalition war zunächst der Auftrag, den Status Quo beizubehalten. Das Motto lautete „weiter so, wie bisher“. Folgerichtig war die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am Beginn der neuen Legislaturperiode keine Blut-Schweiß- und Tränen-Rede. Im Gegenteil schien es der rot-grünen Koalition zunächst darum zu gehen, jene Interessengruppen zu belohnen, die mit ihrer Treue die schon nicht mehr erwartete Wiederwahl doch noch möglich gemacht hatten. Es folgte eine Neiddiskussion, die in Forderungen nach einer Erbschaft- und nach einer Vermögensteuer gipfelte. Es folgte ein „Steuervergünstigungsabbaugesetz“, das bei genauerem Hinsehen Steuer- und Abgabenerhöhungen mit sich brachte. Es folgte eine wirtschaftspolitische Irrfahrt ohne erkennbares strategisches Ziel, ohne eine sachgerechte Wahl der Mittel und ohne verbindliche Vorgaben.

Auf dem Höhepunkt der Kakophonie zum Jahreswechsel 2002 geschah etwas Außergewöhnliches: die Stimmung in der Öffentlichkeit schlug um. Als das Loch in den öffentlichen Kassen größer und größer wurde, dämmerte es mehr und mehr Menschen in Deutschland, dass es weniger und weniger zu verteilen gibt. Nicht zuletzt dank des europäischen Stabilitätspakts musste die ganze Misere der deutschen Staatshaushalte offenbart werden. Auf einmal konnte nicht mit etwas Schulden machen hier und etwas Bilanzkosmetik dort die Katastrophe vertuscht oder unter dem Deckel gehalten werden. Das wahre Ausmaß der Staatsverschuldung musste auf den Tisch. Und was die Deutschen sahen und viele von ihnen zum ersten Mal wirklich zur Kenntnis nahmen, war für alle ernüchternd. Eine täglich wachsende Zahl der Deutschen begriff, dass es so wie die letzten Jahre nicht weitergehen kann. Der für die Reformbereitschaft scheinbar unverzichtbare Leidensdruck war stark genug geworden. Das sah auch der Bundeskanzler so. Seine Neujahrsrede war eine Vorbereitung der Öffentlichkeit darauf, dass tiefgehende Änderungen unmittelbar bevorstehen.

Noch bleibt zugegebenermaßen vieles Rhetorik, was die Regierung und ihr Superminister für Wirtschaft und Arbeit seit dem Jahreswechsel an Reformen angekündigt haben. Aber allein schon, dass es der Wirtschaftsminister wagt, sich verbal mit den Gewerkschaften anzulegen und droht, deren heiligen Kühe zu schlachten, spricht für einen Richtungswechsel. Aber auch die Öffentlichkeit ist zunehmend für Reformen zu haben. Viele Deutsche beginnen zu erkennen, dass unter alten Ritualen und einer einseitigen Interessenpolitik zugunsten Einzelner langfristig alle leiden. Der mit einer mehr oder weniger brutalen Streikdrohung im öffentlichen Dienst erzwungene, gesamtwirtschaftlich schädliche Tarifabschluss könnte sich im Nachhinein für die Gewerkschaften als Pyrrhussieg erweisen. In weiten Teilen der Bevölkerung hat er dazu geführt, dass Verständnis und Wille schwinden, sich durch kleiner und kleiner werdende Minderheiten erpressen zu lassen. Wenn Zehntausende nicht rechtzeitig zur Arbeit gelangen, weil ein paar Dutzend Interessenvertreter den Flugverkehr beeinträchtigen oder den öffentlichen Nahverkehr stören, „wächst die Wut“ – selbst wenn „das Herz links schlägt“. Die Bereitschaft nimmt zu, den Konflikt mit den Interessengruppen zu suchen. Der wirtschaftspolitische Oppositionsführer hat hier nicht nur den Feh-



Thomas Straubhaar

dehandschuh eines Gewerkschaftsvorsitzenden aufgenommen, als er auf eine altmodische Kampfdrohung kühl antwortete: „dann lassen wir ihn wehen, den kalten Wind“. Er hat damit letztlich genau die aktuelle Stimmung in der Öffentlichkeit aufgefangen.

Die Hoffnung, dass nicht nur Rhetorik bleibt, was der Wirtschafts- und Arbeitsminister im Wochentakt an Reformabsichten verkündet, wird durch die kleinen Schritte genährt, die in den letzten Wochen bereits in die Tat umgesetzt worden sind. Die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ist immerhin ein symbolisches Zeichen. Was mit dem ersten Teil der Hartz-Konzepte schon Gesetz geworden ist, wird kaum dazu beitragen, die Massenarbeitslosigkeit zu mindern, ist aber wenigstens ein positives Signal. Die bereits realisierte Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe führte zu einer Einsparung von über 1 Mrd. Euro. Mit der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe könnten weitere 3 Mrd. Euro dazukommen. Der vom Superminister in die Diskussion eingebrachte Vorstoß, den Kündigungsschutz ein Stück weit zu liberalisieren, zeigt in die richtige Richtung. Andere Reformen müssen nun zügig realisiert und umgesetzt werden.

Vielleicht ist es ja richtig, dass in Deutschland keine weiten Sprünge möglich sind, dass der kleine dem großen Wurf vorgezogen wird. Solange eine Regierung das strategische Ziel unbeirrbar im Auge hat und durch einzelne Störmanöver den Überblick nicht verliert, muss ein Vorgehen in Schritten nicht ohne Aussicht auf Erfolg sein. Momentan ist wichtiger, dass die Grundrichtung stimmt. Das Tempo kann durchaus den politischen Gegebenheiten angepasst werden. Vor allem auch, weil nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen das Regieren in Deutschland nicht einfacher geworden ist. Der Bundeskanzler wird innerhalb der rot-grünen Koalition nach links und gegenüber der Unionsmehrheit im Bundesrat nach rechts gerissen werden. Wieso soll er nicht in einer derartigen Situation die Flucht nach vorne ergreifen? Was hat er bei wem wirklich noch zu verlieren?

Alle Vernünftigen in Deutschland wissen eines nur zu gut: Wer immer in den kommenden Monaten das Sagen in Deutschland haben wird, und wer immer die mehr als dringend notwendigen Reformen umsetzen muss, wird Zeit brauchen, bis die Früchte der Anstrengungen geerntet werden können. Der Karren steckt derart im Dreck, dass ihn niemand rasch flott machen kann. Für jede Bundesregierung, egal welcher Farbe, gilt: Um die Massenarbeitslosigkeit zu halbieren, bedarf es sieben mehr als fester Jahre. Um die Staatshaushalte zu sanieren, braucht es Jahre, nicht Monate. Um die Sozialsysteme an die demographische Alterung anzupassen, ist ein Denken in Generationen und nicht in Wahlzyklen erforderlich. Nur den Trainer auszuwechseln hilft Deutschland nicht, kurzfristig von den Abstiegsplätzen wegzukommen. Es braucht die Einsicht, dass es auch jenen hilft, die morgen Regierungsverantwortung übernehmen wollen, wenn heute schon alles getan wird, um durch kluge Entscheidungen überhaupt wieder beweglich zu werden und Freiräume für eine tragfähige Wirtschaftspolitik zu schaffen.

In einer breiter werdenden Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen die Einsicht gewachsen, dass einiges geändert werden muss, damit auch vieles so bleiben kann, wie es ist. Diese Gunst der Stunde gilt es für tiefgreifende Änderungen zu nutzen. Es tun sich alle einen Gefallen und vor allem hilft es Deutschland, wenn in Bundestag und Bundesrat eine Allianz der Vernünftigen rasch und mutig einen wirtschaftspolitischen Masterplan für Deutschland verabschiedet. Dann dürften erste Erfolge bis zur nächsten Bundestagswahl allen Parteien gleichermaßen die Chance bieten, nicht nur um die Macht zu werben, sondern mit der Macht wenigstens auch etwas Gestaltungsfreiheit für neue, eigene Ideen zu gewinnen.